

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Co., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlag: Geb. Krahel, Dresden  
und Schöne Staatsstr.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Fracht und Porto für den wöchentlichen Besizer  
"Tag der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Kommazeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebühren 40 Proz. Rabatt. Für Briefliebhaberlegung 10 Pf.

Nr. 86

Dresden, Mittwoch den 14. April 1926

37. Jahrg.

## Tschechischer Faschismus?

Von unserem deutschen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei

Schon vor einigen Jahren tauchten in der Tschechoslowakei Faschisten auf, aber sie wurden nicht sonderlich beachtet. Ueber die Bildung kleiner Gruppen von Stämmern kam der Faschismus, da ihn alle Parteien einmütig abgelehnt, nicht hinaus. Eine lächerliche Episode...

Das Streben auf Neuwahlen hinorbietet, damit die Opposition erstarke und die Unmöglichkeit des Beharrens bei demokratischen Methoden bewiesen werde. Der Faschismus hätte es nicht leicht, sich in der Tschechoslowakei durchzusetzen. Im tschechischen Volk lebt eine alte demokratische Tradition. Der tschechische Staat ist geworden nach dem Sturz des österreichischen Kaisertums. Wie sollten da so leicht Sympathien für eine andre Form des Absolutismus lebendig werden? Nein, leicht hätte es der tschechische Faschismus nicht!

Staatsanwalt Vernehmung der Verurteilung. Das Gericht erkannte jedoch auf Freispruch. Die Kosten trägt die Staatskasse. Genosse Worch wurde von dem Gerichtshof von Arbeitern mit großem Jubel empfangen. Die rechtsstehenden Parteien haben diesmal nicht triumphiert. Aber freilich hatten sie erreicht, daß der Ehrenmann Genosse Worch seit 1923 in Kollonatschitz Weise verfolgt, belästigt und unter drohender Folter gehalten wurde.

**Jahrelang mit „Weineidsverfahren“ gehetzt**  
G. Magdeburg, 13. April. (Eig. Drahtf.) Der hiesige Polizeipräsident in Magdeburg, Genosse Krüger, der im Jahre 1921 die Unvorsichtigkeit beging, eine Verleumdungsgeschichte gegen rechtsradikale Verleumder anzuhängen, die sich zu ihren Verleumdungen der kommunistischen Presse bedienten, mußte jetzt nach jahrelanger Voruntersuchung wegen Weineids auf Verlesung des Landrichters Magdeburg außer Verfolgung gesetzt werden. Das Charakteristische an den Treibereien gegen Krüger ist, daß der Stahlhelm im Bunde mit den Kommunisten und unter Benutzung von Polizeisoldaten, die von Krüger entlassene Beamte waren, arbeitete. Das Verfahren ist jahrelang hingezogen worden, obgleich die Staatsanwaltschaft es wiederholt abgelehnt hatte, die unbegründeten Denunziationen zu verfolgen. Das Oberlandesgericht in Hamburg, bei dem der Stahlhelmjurist Rechtsanwalt Schaper als Vertreter der Verleumder erschienen war, hat die Verfolgung des Verfahrens ermöglicht. Nun ist es doch noch vorübergegangen.

### Ein Zuchthausurteil korrigiert

Der Rudolfstädter Justizkanzlei beseitigt  
M. Rudolstadt, 13. April. (Eig. Drahtf.) Am Dienstag fand die Verurteilung Verhandlung gegen den Gemeindevorsteher Genossen Worch statt. Worch war im vorigen Jahre wegen angeblichen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Die strafbare Handlung sollte am 9. November 1923, in den Tagen der Hitlertruppen, stattgefunden haben. Worch, dazugewandten sein. Worch hatte damals als Regierungsrat den Auftrag, die in Pratzitzella eintreffenden Hülfe nach Reuten zu untersuchen, die zu den Hitlertruppen führen wollten. Bei dieser Gelegenheit soll er einem reventanten Studenten mit dem Gummihüpfel unter der Nase herumgeschickt und gesagt haben: „Wir werden das Büchlein schon zum Leben bringen!“ Der Staatsanwalt für Rudolstadt hatte die Einleitung eines Verfahrens abgelehnt. Auf Anweisung des reaktionären Landrichters der Justizminister mußte dann aber Anklage erhoben werden.

### Bluturteile unter Pangalos

Der griechische Diktator Pangalos hat über die Führer der „Reuterer“ in Saloniki, zwei Generäle, das Todesurteil sprechen lassen.  
Pangalos hat zu diesem Urteil geurteilt, nachdem die bisherige Methode der Verbannung aller oppositionellen Führer nicht verhindert hat, daß in den verschiedenen Landesteilen fortgesetzt Kämpfen mit dem Ziel, die Diktatur unmöglich zu machen, ausgedehnt sind. Damit ist Pangalos jener Regel gefolgt, die schließlich bei allen Diktatoren aus Griechenland nach kürzerer oder längerer Regierungszeit angewandt worden ist. Das Blutregiment dürfte mit der Ausführung der Todesurteile seinen Abschluß nicht gefunden haben. Aber auch mit derartigen drakonischen Maßnahmen wird es bei dem griechischen Volk nicht möglich sein, es auf die Dauer ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit in Schach zu halten. Pangalos ist soeben zum „Staatspräsidenten“ gewählt worden. Er hängt sein Amt recht blutig an.

Aber es ist auch den tschechischen Politikern klar geworden, daß die Ursache der Krise nicht in augenblicklichen und vielleicht wieder beizulegenden Unstimmigkeiten zwischen den früheren Regierungsparteien zu suchen ist, sondern daß das bisherige Regierungssystem abgelehnt und unbrauchbar geworden ist. Bei der Stärke der Opposition ist die Bildung einer Regierungsmehrheit ohne eine der bisherigen Koalitionsparteien nicht möglich, jede solche Koalition muß aber wieder an den Schroffer gewordenen Massenagenden scheitern. Der scheinbar naheliegende Weg, die Gruppierung nach Klasseninteressen, kann noch nicht gegangen werden, weil die tschechische Staatsideologie nach alle Parteien, auch die tschechischen Sozialdemokraten, im Banne hat, von nationalen Zugeständnissen noch niemand etwas wissen will. Und doch muß schließlich ein Ausweg gefunden werden!

In der Verurteilung Verhandlung traten wieder die beiden Studenten als einzige Belastungszeugen auf. Sie allein behaupteten die fraglichen Vorgänge, während vier Zeugen, von denen drei als Kriminalbeamten und einer als Gemeindevorsteher bei den Durchsuchungen zugegen waren, nichts von der Neugier und der Verdrossenheit gemerkt hatten. Die Studenten hatten sich ihre Aussage zudem noch vorher vereinbart und schriftlich niedergeschrieben. In seinem eindringlichen Plädoyer beleuchtete Genosse Kosenfeld die Unmöglichkeit einer Verurteilung. Trotz dieses klaren Sachverhalts, der Freispruch forderte, beantragte der

## Gewerkschaften und Parteistreit

Vom Bezirksausschuß des ADGB für Sachsen wird uns zum Konflikt in der SPD. folgende Erklärung übermittelt:  
Durch die in der Monatschau der sächsischen Gewerkschaftszeitung vom 1. April enthaltenen Bemerkungen über die politische Situation in Sachsen haben sich einige sozialdemokratische Parteiverbündungen und Zeitungen veranlaßt gesehen, gegen die sächsische Gewerkschaftszeitung und damit auch gegen den Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für Sachsen Stellung zu nehmen. Es wird dort behauptet, daß die Gewerkschaftszeitung einseitig zugunsten der Arbeiterbewegung eine Stellungnahme zugunsten der Dreifünftelei in Betracht kommt — soweit ihre Stellung innerhalb der Partei in Betracht kommt — weder beabsichtigt noch enthalten ist und schließlich nur mit bösem Willen herausgegeben werden kann. Die Gewerkschaften haben von ihren Mitgliedern jederzeit Disziplin und Achtung vor den autonomen Gremien der Organisationen verlangt, um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten und zu stärken, und sie denken nicht daran, sich irgendwie in die die Organisation und die Disziplin betreffenden Angelegenheiten der Partei einzumischen.  
Nachdem wir ausdrücklich die Neutralität der Gewerkschaften in inneren Parteifragen hervorheben, betonen wir mit derselben Deutlichkeit, daß wir uns das Recht nicht nehmen lassen werden, zu allgemeinen politischen Situationen, die auf die Gewerkschaftsbewegung Auswirkungen ausüben können, von unserem Standpunkt aus als selbständiges Glied der Arbeiterbewegung Stellung zu nehmen. Ebenso entschieden werden wir uns gegen alle Versuche, die Gewerkschaften von inneren Angelegenheiten der Partei fernzuhalten und die inneren Angelegenheiten der Partei als sozialdemokratische Funktionärsversammlungen und Parteizeitungen fernzuhalten, und die Methode der kommunistischen Nachahmung in der Partei, die sich ihre Mitglieder zur Teilnahme gegen die Gewerkschaftszeitung und die Gewerkschaftszeitung aufzufordern.

bösem Willen aus den Auslassungen der Gewerkschaftszeitung eine Stellungnahme zugunsten der Dreifünftelei herausgegeben werden konnte. Der Artikel der Gewerkschaftszeitung sprach sich in schärfster Weise gegen das Vorgehen der Sozialdemokratischen Partei aus, ohne es auch nur mit einem Worte zu mißbilligen, daß die Dreifünftelei sich mit den Beschlüssen ihrer Organisationen in Widerspruch setzten. Ebenso ist auch die Verwahrung des Gewerkschaftsausschusses gegen die angebliche Einmischung von Parteiorganisationen und Parteizeitungen in gewerkschaftliche Angelegenheiten sehr wenig am Platze. Wenn ein gewerkschaftliches Blatt sich mit Vorgängen, die sich innerhalb der Partei abspielen, befaßt, so ist es das Recht der Parteiorganisationen und der Parteizeitungen, ihrerseits an dem Verhalten des in Frage kommenden Gewerkschaftsorgans die gebührende Kritik zu üben.

### „Dresdner Neueste Märchen“

Die Dresdner Neuesten Nachrichten bringen in ihrer Nummer vom 14. April eine Notiz, wonach auch der Gewerkschaftsausschuß der sächsischen Landesorganisation der freien Gewerkschaften sich auf den Standpunkt gestellt haben soll, daß die Antifaschismusbekämpfung unter keinen Umständen als alleinige Verantwortung der sächsischen Arbeiterklasse übernommen werden könne. Es soll ferner behauptet haben, bei dem Vorsitzenden der freien Gewerkschaften einen Schritt dahin zu unternehmen, daß dieser in diesem Sinne auf den sozialdemokratischen Parteivorstand einwirkt. Dazu erfahren wir vom Bezirksausschuß des ADGB, daß es zwar zum Herbst innerhalb der SPD, Stellung und auch mit dem Bundesvorstand des ADGB, Rücksicht genommen, jedoch keinen Beschluß im Sinne des Verfalls der Dresdner Neuesten Nachrichten gefaßt habe. Wir sagen hat der Bezirksausschuß die oben wiedergegebene Erklärung beschlossen. Im übrigen können wir mitteilen, daß im Gegensatz zur Notiz der Dresdner Neuesten Nachrichten überhaupt kein Mitglied der Antifaschismusbekämpfung dem Bezirksausschuß des ADGB angehört.

Wanderplan Neuwahlen. Tatsächlich treffen die Parteien schon wieder Wahlvorbereitungen. Aber Neuwahlen können keine Situation schaffen, die eine Wahlrechtsänderung erleichtert. Sie können nur eine Verhärtung der Opposition bringen. Nun propagiert die Partei der „Tschechischen Sozialisten“, eine sehr chauvinistische, halb feindsüchtige, halb proletarische Partei, eine „Reform“ des Wahlrechts, die den „sozialistischen“ Parteien eine viel größere Mehrheit als bisher sichern soll. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist durch die Verfassung gesichert, könnte also ohne Verfassungsänderung nur die die notwendige Mehrheit auf keinen Fall zu finden nicht beseitigt werden. Das Geschehen, das die tschechischen Nationalsozialisten, schließt deshalb eine Wahlrechtsänderung vor, die trotz Verhältnismäßigkeitsprinzip als bisher sichern soll. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist durch die Verfassung gesichert, könnte also ohne Verfassungsänderung nur die die notwendige Mehrheit auf keinen Fall zu finden nicht beseitigt werden. Das Geschehen, das die tschechischen Nationalsozialisten, schließt deshalb eine Wahlrechtsänderung vor, die trotz Verhältnismäßigkeitsprinzip als bisher sichern soll. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip ist durch die Verfassung gesichert, könnte also ohne Verfassungsänderung nur die die notwendige Mehrheit auf keinen Fall zu finden nicht beseitigt werden.

Aber einer Änderung des Wahlrechts, wie die tschechischen Nationalsozialisten sie vorschlagen, können und werden die tschechischen Sozialdemokraten nicht zustimmen. Sie wäre möglich durch einen Diktator, einen Staatsstreik. Man mag ihn wagen? Die Partei der tschechischen „Sozialisten“ hat in der letzten Zeit eine rasche und entscheidende Entwicklung nach rechts gemacht. Der Führer Stribrny, Parteimitglied im letzten Koalitionskabinett, hat die „Sozialisten“ — Sozialisten planmäßig zurückgewandt. Aus der Redaktion des Geschehenes wurden die tschechischen Nationalsozialisten hinausgedrängt. Die tschechischen Sozialisten sind es, die mit dem Faschismus in Kontakt stehen, die auch sicher bereit sind, es im Ernste mit ihm zu versuchen, sobald die Voraussetzungen dazu gegeben werden.

Wir müssen entschieden dagegen Widerspruch erheben, wenn in der Erklärung gesagt wird, daß nur mit